

Lärm - Report

Informationen • Meinungen • Neuigkeiten

2/2001

Aus dem Inhalt:

DAL und BVF unter einem Dach.....	1
Interdisziplinäre Fluglärmkonferenz.....	2
Brief an den Bundeskanzler zur Novellierung des Fluglärmschutzgesetzes.....	2
Kirchentag zum Flughafenausbau.....	3
Zum Umweltinformationsgesetz.....	4

Nachrichten aus dem DAL.....	6
Namen Nachrichten Notizen.....	8
Nachrichten aus dem Bundestag.....	9
Nachrichten aus den Landtagen.....	10
Termine Veranstaltungen Kongresse.....	12

Kooperation der Lärmbekämpfer DAL und BVF unter einem Dach vereint!

Nun ist es soweit, die Geschäftsstellen der beiden großen Lärmbekämpfungsorganisationen **Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V. -DAL-** gegründet 1952, und

Bundesvereinigung gegen Fluglärm e.V. - BVF – gegründet 1967,

befinden sich zentral im Informationszentrum Lärm, Frankenstraße 25, 40476 Düsseldorf.

Sie erreichen die Organisationen wie folgt:

DAL-Geschäftsstelle

Tel.: 0211/48 95 20

DAL-Tele-Info Lärm: 0211/488 499

DAL-Fax-Abruf-Info-Service: 0190/608 021000

FAX: 0211/44 26 34

E-mail: dalaerm@aol.com

Internet: <http://www.dalaerm.de>

Die Bundesvereinigung gegen Fluglärm ist erreichbar unter:

Tel.: 0211/42 09 186

FAX: 0211/42 09 188

E-mail: BVF-GS@t-online.de

Internet: <http://www.fluglaerm.de>

Persönliche Sprechzeiten haben beide Organisationen gemeinsam eingerichtet, und zwar täglich von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Interdisziplinäre Fluglärmkonferenz des DAL

Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung und die Bundesvereinigung gegen Fluglärm veranstalteten am 2. und 3. April 2001 eine interdisziplinäre Konferenz „Fluglärm“ mit geladenem Teilnehmerkreis.

Dabei haben Vertreter verschiedener europäischer Staaten (Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweiz) die Regelungen zum Schutz gegen Fluglärm in ihren Staaten erläutert.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Gedanken zur Novellierung des Fluglärmschutzgesetzes aus dem Jahre 1971, die im Bundesumweltministerium entwickelt wurden, Erkenntnisse der Lärmwirkungsforscher, Fragen des öffentlichen Rechts, der Stadtplanung und der Administration. Vertreter der vom Fluglärm betroffenen Bürger und der Flughafenbetreiber kamen zu Wort.